



Alternativantrag der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

zu „Zusammenleben im Grenzland auch in der Corona-Pandemie“ (Drucksache 19/2942)

Fortsetzung der guten Zusammenarbeit im Grenzland in der Corona-Pandemie

Der Landtag wolle beschließen:

Die deutsch-dänische Grenze steht seit Beginn der Corona-Pandemie im besonderen Fokus des Landtags. Sowohl die sozialen Belange der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenzen wie auch die vielfältigen Verflechtungen auf wirtschaftlicher Ebene schaffen im Grenzland besondere Herausforderungen bei der Bekämpfung der Pandemie und der Eindämmung der vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Pandemiefolgen einschließlich Arbeitsmobilität, Schüler- und Studierendenverkehre, Familien und Kultur.

Der Landtag begrüßt daher ausdrücklich die in der Vergangenheit getroffenen positiven Vereinbarungen und Sonderregelungen mit dem Königreich Dänemark, insbesondere zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit und zu Einreiseerleichterungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark sowohl in den Bereichen Arbeitsmobilität und Schüler- und Studierendenverkehre als auch im Bereich des grenzüberschreitenden Tourismus.

Der Landtag begrüßt zudem, dass die Landesregierung in einem aktiven Austausch mit Kommunen und weiteren Akteuren in der Grenzregion steht.

Der Landtag bittet die Landesregierung und die Bundesregierung sich bei der Europäischen Union für den Fall von Pandemien und grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken für europäische Lösungen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Sozialräume einzusetzen. Für eine schnelle, den betroffenen Bürgerinnen und

Bürgern gerecht werdende Umsetzung der Maßnahmen ist in den Regelungen eine Beteiligung der regionalen und kommunalen Ebene beiderseits der Grenze vorzusehen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, den erfolgreichen Weg gemeinsam mit dem Königreich Dänemark weiter zu beschreiten. Dazu gehören auch weiterhin pragmatische und einfache Lösungen beispielsweise bei der gegenseitigen Anerkennung von Testergebnissen und den Möglichkeiten der Durchführung von Corona-Tests.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion